Ingrid Sehrbrock
Stellvertretende Vorsitzende
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Rede

1. Mai: Unser Tag

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa

DGB-Kundgebung
1. Mai 2013 in Bonn

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: http://www.dgb.de
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324

Rede von Ingrid Sehrbrock auf der
DGB-Kundgebung 1.Mai 2013
in Bonn

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

heute vor 80 Jahren, am 1. Mai 1933, landeten die Nationalsozialisten einen raffinierten Coup. Sie machten den 1. Mai zu einem Feiertag. Der Tag der Arbeit war zwar auch schon früher mit Kundgebungen und Demonstrationen begangen worden. Aber wer daran teilnehmen wollte, musste sich freinehmen oder auf Lohn verzichten. Wer mit einer roten Krawatte zur Arbeit kam, dem konnte gekündigt werden. Da war es ein cleverer Schachzug, den 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit zu machen. So nannten ihn die Nationalsozialisten.

Dabei ging es ihnen nur darum, bei den Arbeitern Boden gut zu machen. Bei den letzten freien Wahlen hatten sie über 30 % der Stimmen erhalten. SPD und KPD hatten zusammen aber über 50 %. Arbeiter zu gewinnen war daher das erklärte Ziel.

Und dann, das böse Erwachen am 2. Mai. SA Kommandos besetzen und verwüsten Gewerkschaftshäuser – systematisch und im ganzen Land. Büros und Wohnungen werden durchsucht, demoliert und geschlossen. In mehreren Wellen werden Gewerk-schafterinnen und Gewerkschafter festgenommen, verschleppt, gefoltert und ermordet. Wer sich entziehen kann und untertaucht, muss sich und seine Familie - weil arbeitslos – irgendwie durchschlagen.

Auf geheime und konspirative Arbeit sind die Gewerkschaften nicht eingestellt, aber sie lernen es. Unter großen Risiken gehen viele in den Widerstand.

Anrede,
Wenn morgen an vielen Orten an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren und an die vielen Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft gedacht wird, dann geht es um mehr als das bloße Erinnern an diesen Tag. Dieser Gedenktag ist uns Mahnung und Verpflichtung zugleich!

Wir haben die Lektion aus der Geschichte gelernt. Wehret den Anfängen – ist das eine. Und „Schafft die Einheit!“ die andere Lektion, die uns Wilhelm Leuschner unmittelbar vor seiner Hinrichtung ins Stammbuch geschrieben hat.

Auch in Berlin wird es morgen eine Gedenkveranstaltung – mit dem Bundespräsidenten – geben. Und wer in nächster Zeit in Berlin sein wird, sollte die Gelegenheit nutzen, einen der verschiedenen historischen Spaziergänge zu machen. Der DGB informiert darüber auf der Website „Zerstörte Vielfalt“. Geschichte zu Fuß in Berlin verfolgen – das ist auch ein Stück einer neuen Erinnerungskultur, die den Generationen, die erst nach dem Krieg geboren wurden, nachzuvollziehen hilft, was war.

Die Verpflichtung gegen rechtsextremes Denken und Handeln, gegen Rassismus und Intoleranz aufzustehen, soll und muss auch in den kommenden Generationen weiterleben. Dafür setzen sich die Gewerkschaften in ihrer täglichen Arbeit ein, damit es nie wieder heißt: „Zu spät.“

Rede von Ingrid Sehrbrock auf der
DGB-Kundgebung 1.Mai 2013
in Bonn

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

heute ist unser Tag. Heute erinnern wir an die Würde der arbeitenden Menschen. Das klingt vielleicht pathetisch. Man kann es auch so sagen. Es ist der Tag, an dem wir daran erinnern, dass der arbeitende Mensch Respekt und Anerkennung verdient. Und Wertschätzung seiner Arbeit und seiner Person.

Denn seit Ende der 80er Jahre erleben wir eine Abwertung von Arbeit. Arbeit wird immer stärker zum reinen Kostenfaktor. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist gespalten. Immer mehr Menschen arbeiten zu schlechten Löhnen und unter schlechten Bedingungen. Das ist nicht fair! Das ist nicht gerecht! Das haben die Menschen und ihre Familien nicht verdient.

Kolleginnen und Kollegen, sie sind es wert, dass wir - DGB und Gewerkschaften - für sie auf den Plan treten. Und deshalb haben wir heute, den 1. Mai 2013 unter das Motto gestellt: „ Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir wollen für alle Menschen ein gutes und sicheres Einkommen und faire Arbeitsbedingungen. Und wir wollen, dass sie eine Arbeit finden, die sie ausfüllt, die ihrem Leben einen Sinn gibt, die sie zufrieden macht und nicht zu Bittstellern herabwürdigt. Und deshalb ist unser Ziel klar: Unser Land braucht eine neue Ordnung der Arbeit. Wo Gewerkschaften es können, gestalten sie die Arbeit durch Tarifpolitik selbst. Doch auch die Politik muss handeln, denn sie ist verantwortlich für den rasanten Absturz, den Menschen erlebt haben.

Ich nenne ein Stichwort: Niedriglöhne. In Deutschland breiten sie sich seit Jahren aus. Das ist kein Naturereignis. Diese Löhne sind von Menschen gemacht. Mittlerweile arbeiten rund 5 Millionen Menschen zu Stundenlöhnen unter 8,50 Euro, mehr als 1 Million sogar zu Stundenlöhnen unter 5 Euro. Friseure z. B. hatten seit Jahren keine Lohnerhöhungen mehr. 3.30 € wurden in Teilen Ostdeutschlands gezahlt. Gerade hat es Verdi für Frisöre nach vielen Jahren geschafft, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Und das ging sogar ganz schnell.

Immer mehr Menschen können nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben. Und so ist Altersarmut vorprogrammiert. Das können und das werden wir nicht zulassen! Die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Bundesregierungen und die Hartz-Reformen haben daran einen großen Anteil. Viele Unternehmen zahlen niedrige Löhne und der Steuerzahler muss diese Armutslöhne ergänzen, damit die Betroffenen überhaupt über die Runden kommen. Das ist kein seriöses Geschäftsmodell, Kolleginnen und Kollegen. Das ist Zynismus pur. Und es führt dazu, dass sich die Billigheimer Wettbewerbsvorteile gegenüber den Unternehmen verschaffen, die fair agieren. Ja, auch die gibt es noch.

Es ist auch nicht länger hinnehmbar, dass sich die Liberalen in unserem Land weiterhin hartnäckig gegen gesetzliche Mindestlöhne sträuben. Löhne dürfen nicht ins Bodenlose fallen. Das ist nicht nur respektlos gegenüber arbeitenden Menschen. Es ist auch gegen die ökonomische Vernunft.

Eine Studie aus dem letzten Jahr belegt, dass durch einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro 5 Millionen Geringverdiener profitieren würden. Und: auch die öffentlichen Kassen könnten um über 7 Milliarden Euro entlastet werden, denn mit höheren Löhnen fließt auch mehr Geld in die Sozialen Sicherungssysteme.

Der Mindestlohn ist auch ordnungspolitisch notwendig. Natürlich wollen Gewerkschaften gute Tarife abschließen. Aber dort, wo sich die Arbeitgeber verweigern, da braucht es gesetzliche Maßnahmen, damit Armutslöhne bekämpft werden und Altersarmut vermieden wird. Hier ist viel zu viel Zeit verstrichen, um Abhilfe zu schaffen.

Weil die FDP offenbar Löhne auch weit unterhalb von 8,50 Euro pro Stunde für zumutbar hält, machen wir in diesem Jahr mit der Mindestlohnkampagne noch einmal richtig Druck. Und wir haben großen Zuspruch in der Bevölkerung. Zwei Drittel der Unionsanhänger sind für die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen. Und deshalb dürfen wir nicht locker lassen, bis endlich alle Löhne unter 8,50 Euro pro Stunde einkassiert sind.

Aber, vergessen wir nicht: Auch und gerade in der öffentlichen Auftragsvergabe müssen ordentliche Löhne gezahlt werden. Wir begrüßen es daher, dass in immer mehr Bundesländern die Zahlung von Mindestlöhnen und Tariftreue eine Voraussetzung bei der Auftragsvergabe ist. Hier sagen wir: „Weiter so!“.

Mit der Hartz-Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Leiharbeit in unserem Land ihren politischen „Persilschein“ bekommen. Leiharbeit ist gut, so hieß es, weil sie angeblich dem Abbau der Arbeitslosigkeit dient und Betrieben hilft, Auftragsspitzen auszugleichen. Damit sind bei den Arbeitgebern sämtliche Skrupel gefallen, diese Form der Arbeit auch bis zum Anschlag einzusetzen. Die Risiken des Arbeitsmarktes tragen dabei ja nicht mehr die Arbeitgeber, sondern die Arbeitnehmer.

Wenn inzwischen bei gleichbleibender Auftragslage von den Unternehmensspitzen die Vorgabe gemacht wird, dass 30 % der Arbeit mit Leiharbeit erledigt werden soll, zeigt sich. Leiharbeit ist zum reinen Kostensparmodell verkommen.

Inzwischen sind knapp 1 Million Menschen als Leiharbeiter beschäftigt. Leiharbeit darf nicht der Billigmarkt sein. Zumindest haben die Kolleginnen und Kollegen einen Anspruch darauf, dass sie den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten.

Es ist uns Gewerkschaften gelungen, beim Thema Leiharbeit Pflöcke einzuschlagen. Seit dem Januar 2012 gibt es einen Mindestlohn, der durch konkurrierende Gewerkschaften nicht mehr unterschritten werden kann, und es gibt Tarifverträge, die dem Ziel der gleichen Bezahlung deutlich näher kommen.

Wir nehmen es nicht länger hin, dass ausgerechnet Beschäftigte der Leiharbeit, die besonders flexibel sein und sich ständig auf neue Arbeitsplätze einstellen müssen, bis zu 40 Prozent weniger in der Lohntüte haben als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb fordern wir: Gleiche Bezahlung für gleichwertige Tätigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unsere Arbeitgeber in Deutschland sind ja erfinderisch. Sie haben schon wieder neue Schlupflöcher gefunden. Jetzt in Form von Missbrauch von Werkverträgen. Ihr wisst: Werkverträge unterliegen keinerlei Regulierungen. Tarifbindung besteht häufig nicht, und wenn das Unternehmen seinen Sitz im Ausland hat, sind die Arbeitsbedingungen ohnehin schwer zu überprüfen. Die Zustände an deutschen

Schlachthöfen sind nur die Spitze des Eisbergs. Früher war mit einem Werkvertrag ein klar definiertes Werk abzuliefern.

Dass das Füllen von Regalen in Supermärkten oder das Bearbeiten von Schweinehälften in Fleischbetrieben auch Gegenstand eines Werkvertrags sein könnte, darauf muss man erst mal kommen. Seit 2005 hat die Allgemeinheit mehr als 50 Milliarden – nochmal: 50 Milliarden Euro – aufgewendet, diese Hungerlöhne aufzustocken. Und dass Arbeitgeber hier so ungeniert in die Hartz IV-Kasse greifen, das ist der eigentliche Missbrauch von Hartz IV. Und hier muss die Politik endlich einen Riegel vorschieben.

Und Kolleginnen und Kollegen, lasst mich noch zu einer weiteren Beschäftigungsform etwas sagen: Inzwischen gibt es rund 7 Millionen Minijobs, 5 Millionen Menschen sind ausschließlich auf einen Minijob angewiesen, und es sind meistens Frauen. Von den Minijobs profitieren ausschließlich die Arbeitgeber, die auf billige und sehr flexible Arbeitskräfte zurückgreifen können. Minijobs sind keine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt. Sie sind eine Sackgasse. Das wissen wir heute ziemlich genau. Einmal Minijob, immer Minijob.

Sie sind oft eine Armutsfalle für die Betroffenen. Altersarmut inbegriffen! Und den Wünschen der Frauen, wie wir es häufig hören, entsprechen diese unversicherten Kleinstarbeitsverhältnisse keineswegs. Jede Umfrage zeigt, dass der allergrößte Teil der Minijobberinnen viel lieber sozialversicherungspflichtig arbeiten würde. Ohne Frage: so genannte kleine Teilzeitarbeitsverhältnisse müssen auch weiterhin bleiben. Aber wer dort arbeitet, muss auch Ansprüche aus der Rentenversicherung und der Krankenversicherung erwerben. Und, man darf ihnen nicht ihre jetzt schon geltenden Rechte vorenthalten: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlten Urlaub und Tariflöhne – wenn es sie in der Branche gibt.

Wir müssen prekäre Beschäftigung eindämmen, Kolleginnen und Kollegen. Minijobs müssen in abgesicherte sozialversicherte Beschäftigung verwandelt werden. Und wie das geht, haben wir in einem von allen Gewerkschaften mitentwickelten Modell erarbeitet. Wir sind davon überzeugt, das geht!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
in Deutschland ist in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Gut so. Nach den langen Zeiten höchster Arbeitslosigkeit, massiven Lohneinbußen und den über 10 Jahre stagnierenden Reallöhnen ist das eine gute Nachricht, die wir nicht
ignorieren wollen.

Aber deshalb ist die Arbeitswelt in Deutschland noch nicht in Ordnung. Seit Jahren wächst die Zahl derjenigen, die mit der Diagnose „Burn-out“ aus der Bahn geworfen werden. Inzwischen wird die Vermutung ausgesprochen, es handele sich um eine Modekrankheit.

Ein Zusammenhang ist aber nicht zu übersehen: seit die „Burn-out“- Fälle zunehmen, nimmt die Zahl der Selbstmorde ab. Was sagt uns das?
Offenbar trauen Menschen sich eher, sich zu „Burn-out“ zu bekennen, als zu psychischen Erkrankungen – wie Depression oder Neurosen. Und das tun Menschen mehr und mehr. Wie es dazu kommt, weiß noch keiner so richtig.

Mein Schwager, den ich kürzlich gefragt habe, wie sich für ihn als Ingenieur die Arbeitswelt in den letzten 20 Jahren verändert hat, sagte er:

Ich muss mit weniger Geld und weniger Leuten in kürzerer Zeit mehr leisten.

Und das empfinden viele so. Der Druck und die Belastungen sind extrem gewachsen. Ist das der Preis der Rationalisierung, wie das eine Journalistin kürzlich lapidar sagte?

Aber eines muss doch auch klar sein: man kann an den Schrauben für mehr Leistungsfähigkeit der Menschen nicht unbegrenzt weiterdrehen. Das macht die Menschen kaputt.

Wer immer wieder über seine Grenzen geht, abends, am Wochenende, im Urlaub, und das nicht wahrnimmt, erhält früher oder später die Quittung.

Deshalb ist uns als Gewerkschaften und als DGB „Gute Arbeit“ so wichtig. Jährlich geben wir einen Index heraus, der zeigt, was sich Menschen wünschen und wie ihre Arbeitswelt – oft im Gegensatz dazu - tatsächlich aussieht. Da gibt es ziemlich große Diskrepanzen.

Das gilt vor allem auch für Menschen, die Kinder haben. Sie wünschen sich andere Arbeitszeiten, gute Kinderbetreuung, auch in den Schulferien, Freiräume bei unvorhergesehenen Ereignissen. Sie wollen auch einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit oder vollzeitnahe Teilzeit und Zeit für Pflege, wenn die Eltern ihre Hilfe brauchen. Das gilt für Männer und Frauen. Gerade junge Männer sind mehr und mehr bereit, auch auf einen Karriereschritt zu verzichten, wenn sie stattdessen die Chance haben, ihre Kinder aufwachsen zu sehen und sie zu begleiten.
Bisher ist aber nur eine Minderheit der Betriebe engagiert. Mit den Betriebsräten zusammen funktioniert die Sensibilisierung der Unternehmensleitungen offenbar am besten. Aber auch hier ist die Unterstützung der Politik gefordert.
Wer dem Fachkräftemangel vorbeugen will, wer Respekt gegenüber arbeitenden Menschen zeigen will, muss hier dringend einsteigen.

Alle Instrumente und Maßnahmen für bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf liegen auf dem Tisch. Jetzt müssen die Unternehmen es nur noch tun. Wir beraten übrigens Betriebsräte, wenn sie Unterstützung brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sichere Renten, das ist für uns eines der Hauptthemen in diesem Wahljahr. Jahrelange Rentenkürzungen und ein verwilderter Arbeitsmarkt haben der Alterssicherung unserer Kolleginnen und Kollegen massiv zugesetzt. Für uns gilt aber auch in Zukunft: Rente muss zum Leben reichen!

Doch wir wissen, dass immer mehr Menschen vom sozialen Abstieg im Alter bedroht sind. Der DGB und seine Gewerkschaften haben immer wieder vor dieser Entwicklung gewarnt. Sozialwissenschaftler sagen uns, das Armutsrisiko für Menschen über 65 Jahre ist zwischen 2006 und 2011 von rund 10 auf fast 14 Prozent angestiegen.

Jede und jeder von uns wird schon einmal ältere Menschen gesehen haben, die Pfandflaschen aus Mülleimern sammeln, um sich so ihre kleine Rente aufzubessern. Andere arbeiten in Lagern oder füllen Regale auf. Und das ist nur die

Spitze des Eisbergs. Es wird künftig nicht besser, denn Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhne haben in den Versicherungsbiografien der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Löcher und tiefe Furchen hinterlassen.

Gerade im Osten! Denn besonders gefährdet sind doch diejenigen, die längere Zeit arbeitslos sind und/oder die im Niedriglohnsektor mit Minilöhnen abgespeist werden. Und deshalb sage ich es noch einmal klipp und klar: Wir brauchen endlich einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Und wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, in der Leiharbeit genauso wie zwischen Männern und Frauen. Denn nur wenn wir Erwerbsarmut nicht hinnehmen, werden wir auch die Gefahr von Altersarmut eindämmen.

Kolleginnen und Kollegen,
gleichzeitig brauchen wir aber auch andere wirkungsvolle Instrumente. Besonders Frauen haben häufig nur sehr niedrige Rentenansprüche, etwa weil sie länger und häufig unfreiwillig in Teilzeit beschäftigt waren oder weil sie sich um Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen gekümmert haben. Und machen wir uns nichts vor, auch, weil sie bei den Löhnen einfach diskriminiert werden.

Wir wollen, dass für die Kolleginnen und Kollegen, die lange gearbeitet und schlecht verdient haben, die Renten aufgewertet werden. Und dann sind da auch noch diejenigen, Kolleginnen und Kollegen, die sich kaputt geschuftet haben. Derzeit muss rund ein Fünftel der Beschäftigten aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig raus aus dem Job; im Schnitt im Alter von 50 Jahren. Aber die Erwerbsminderungsrente befindet sich im Sinkflug. Im Zugangsjahr 2011 lag die volle Erwerbsminderungsrente im Schnitt gerade noch bei 634 Euro im Monat und damit unterhalb der „Grundsicherung im Alter“. Und diese Abwärtsspirale, die muss endlich ein Ende ha-ben. Wir müssen die Erwerbsminderungsrente deutlich verbessern. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, darf nicht auch noch mit Abschlägen bei der Rente bestraft werden. Diese schlechte Absicherung bei Erwerbsminderung ist gerade auch vor dem Hintergrund der „Rente mit 67“ wirklich ein Skandal.

Aber die „Rente mit 67“ ist nur ein Teil des Problems. Der Gesetzgeber hat die Senkung des Rentenniveaus beschlossen und ist davon bis heute nicht abgerückt. Bis zum Jahr 2030 wird das Rentenniveau bis auf 43 Prozent zusammenschnurren. Und das hat dramatische Folgen! Eine Altenpflegerin zum Beispiel bekäme bei einem Rentenniveau von 43 Prozent nach 40 Berufsjahren gerade einmal rund 655 Euro Rente. Damit wäre sie wohl in jedem Fall auf „Grundsicherung im Alter“ angewiesen.

Um aber bei einem Rentenniveau von 43 Prozent eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erhalten, müsste die Altenpflegerin dafür 48 Jahre arbeiten. Selbst Durchschnittsverdiener mit rund 2.600 Euro Monatsbrutto würden erst nach 33 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente in Höhe der Grundsicherung erreichen. Und das wäre eine große Ungerechtigkeit. Die, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir verhindern.

Das Rentenniveau muss stabilisiert werden, und es muss am Ende so hoch sein, dass es zu einem Leben in Würde reicht. Die nächste Bundesregierung, wie auch immer sie aussehen wird, muss sich dem Thema sichere Renten endlich ernsthaft annehmen. Ich finde übrigens, hier muss man wie früher parteiübergreifend eine

Lösung suchen. Das hat sich bewährt, und verhindert, dass nachfolgende Regierungen dann wieder den Hebel in die andere Richtung umlegen.

Die Politik steht in der Pflicht, die Menschen so abzusichern, dass sie am Ende ihres Arbeitslebens nicht finanziell abstürzen. Auch das ist ein Ausdruck von Respekt. Dazu brauchen wir eine starke und leistungsfähige gesetzliche Rente, die von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemeinsam finanziert wird. Aus dieser Verantwortung werden wir auch die nächste Bundesregierung nicht entlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Letzte Woche wurde die Anti-Europa-Partei „Alternative für Deutschland“ gegründet. Ihre Gründer wollen die Politik dazu bringen, aus dem Euro auszusteigen und wieder die D-Mark einzuführen.

Was mich erstaunt ist, dass einigermaßen intelligente Leute glauben, mit der Rückkehr zur Mark die Probleme lösen zu können, die die EU heute hat.

Aber viele Menschen werden das glauben. Dafür ist die Lage viel zu komplex. Die Ein-Punkt-Partei betreibt hier reinen Populismus.

Richtig ist: die Gründerväter und -mütter haben Europa als pragmatische Veranstaltung begonnen. In der Kohle- und Stahlindustrie hat man nach dem Krieg über die Ländergrenzen zusammengearbeitet und die Politik offen zu legen. Und das zwischen Frankreich und Deutschland, den Erzfeinden über Jahrhunderte. Das war schon eine Revolution.

Die Vision dahinter war, dass Völker, die sich wechselseitig in die Karten gucken lassen, Vertrauen entwickeln. Das visionäre Ziel war, Kriege in Europa zukünftig zu verhindern.

Es ist immer gut, sich das noch einmal zu vergegenwärtigen. Denn, Friedensperioden von fast 70 Jahren, wie es meine Generation als erste erlebt hat, sind für junge Menschen in Europa heute normal, aber sie sind alles andere als selbstverständlich.
Was wir aber in den letzten Jahren in Europa erleben, ist beunruhigend und gefährlich. Die Menschen haben Angst um ihr Erspartes, um die Sicherheiten, die die Bundesregierung für andere Länder zur Verfügung stellt. Und um das politische Gebilde dieser Republik überhaupt.

DGB und Gewerkschaften kritisieren den massiven Sparkurs, den die Regierungschefs der EU den Mitgliedsländern verpasst haben.

Ja, es ist richtig. Wir haben hohe Arbeitslosenquoten in Spanien von 26,3% (2013), Portugal (17,5%) und Griechenland (26,4%).

Ja, es ist richtig, wir haben massive Probleme für junge Menschen in diesen Ländern. Die Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich zwischen 58 % in Griechenland, 56 % in Spanien und 38 % in Italien. Hier droht eine ganze Generation abzustürzen.

Sicherlich haben diese Länder auch dringende Reformen unterlassen, sei es im Finanz- und Steuersystem, sei es bei den Systemen der Alterssicherung.

Aber in den meisten Ländern sind die Haushaltslücken mit der Banken- und Finanzkrise entstanden. Regierungen mussten mit massiven Sicherheiten den Banken unter die Arme greifen, die über Jahre hin den schlanken Staat propagiert hatten, die dem Staat ständig misstraut hatten und Verantwortlichkeiten immer beim Einzelnen sahen.

Das galt nicht mehr als die Banken selbst und durch eigenes Versagen betroffen waren. Jetzt sollte der Staat plötzlich und ganz selbstverständlich mit Summen einspringen, die für Rente oder Krankenversicherung niemals in Erwägung gezogen worden wären.

Und die Regierungen von Italien bis Großbritannien sprangen als Nothelfer ein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
das massive Sparen, das den Ländern der EU mit den größten Problemen auferlegt wird, aber auch wir selbst sind ja durch die Schuldenbremse gebunden, mutet gerade den Menschen, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören, Erhebliches zu.

Kürzungen der Renten, Kappung von Löhnen, Entlassungen auch von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Absenkung des Mindestlohns. Wie sich Menschen dort noch über die Runden bringen, kann man nur ahnen.

Wenn Menschen aber nichts mehr investieren – weil sie nichts mehr haben, oder weil sie Geld sparen müssen – beeinträchtigt das massiv die Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt, damit sinken die Einkommen und die Investitionsbereitschaft sinkt weiter. Es ist eine Spirale nach unten, die ein Land leicht ins Trudeln bringen kann.

Das ist hoch dramatisch, Kolleginnen und Kollegen. Das zu erkennen, dazu braucht man kein Ökonom zu sein. Mit Sparen allein macht man keine Wirtschaft flott.

Und das ist auch der Grund, weshalb wir einen ökonomischen Marshallplan fordern.

Ein wirksames Investitionsprogramm, das Modernisierung von Unternehmen ermöglicht, Investitionen unterstützt und wieder zu mehr Arbeitsplätzen führt.

Kolleginnen und Kollegen,

wir sind Europäer. So wie unsere Kolleginnen und Kollegen in Griechenland, Italien und in anderen Staaten Europas auch.

Wir müssen jetzt gerade auch in der Krise Europäer bleiben. Europa darf nicht in Nationalismus und Separatismus zerfallen. Denn wir alle brauchen Europa. Nur Europa gemeinsam wird gegenüber den großen Playern, wie den USA, China oder Indien wirtschaftlich und politisch weiterhin in der Champions-League mitspielen können. Ein Wirtschaftsraum wie die Europäische Union ist ein Gegengewicht zu Asien und zu den USA.

Wir brauchen Europa! Aber wir brauchen ein soziales Europa, Kolleginnen und Kollegen.

Die Einnahmebasis der Staaten muss verbessert und die Steuern in Europa müssen harmonisiert werden. Dem Druck der Gewerkschaften und unserer Bündnispartner ist es zu verdanken, dass die Finanztransaktionssteuer bald in 12 europäischen Staaten eingeführt wird. Wir Gewerkschaften wollen Europa und wir wollen es sozialer und demokratischer machen.

Und wir fordern ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugend Europas in den Krisenländern braucht eine faire Chance auf gute Arbeit und ein gutes Leben. Gerade hat die Kommission eine Jugendgarantie mit einem Volumen von 6 Milliarden € für den Zeitraum von 2014 bis 2020 beschlossen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mein Minimalprogramm für Europa wäre eines,

- in dem Menschen genug Arbeit haben
- wo mindestens Existenz sichernde Löhne gezahlt werden
- wo niemand Sorge haben muss, dass er oder sie im Alter von der Rente nicht leben kann
- wo junge Menschen eine Perspektive haben.

Mein Europa ist auch solidarisch, und es erwartet Verantwortung von den Betroffenen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Thema „Bonn oder Berlin“ liefert in dieser Region noch immer Zündstoff. Ich selbst war zwischen 1988 und 1997 hier beschäftigt, kenne also manche Debatten noch aus eigener Erfahrung. Mit dem Bonn-Berlin-Gesetz von 1994 hatte sich die Regierung ganz klar zu einem doppelten Regierungssitz bekannt. Ein wichtiges Signal für die Region Bonn/Rhein-Sieg.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Es gibt viele Befürworter, die einen Komplettumzug nach Berlin gut fänden. Auch innerhalb der Bevölkerung fänden 2/3 einen Umzug sinnvoll. Doch die Argumente sind oft fadenscheinig. Wer behauptet, die Pendelkosten für Beamte seien viel zu teuer und ein Umzug nach Berlin viel günstiger, dem kann man nur sagen: das ist falsch. Selbst der Bundesrechnungshof - und der muss es schließlich wissen – stellte in 2012 wieder fest. Die Reisekosten für die Beamten liegen unter 10 Millionen Euro im Jahr. Dank neuer und moderner Technik wie z.B. Video- und Telefonkonferenzen, bleiben die Kosten überschaubar. Ein Komplettumzug würde dagegen 5 Milliarden Euro verschlingen! Ein Neubau von Gebäuden in Berlin, hohe Mieten und Logistik, Umzug der Familien, und so weiter und so weiter.

Inzwischen arbeiten mehr als 10.000 Ministeriumsbeschäftigte an der Spree, nur noch gut 8.000 in Bonn. Seit langem wird das geltende Gesetz in einem schleichenden Prozess ausgehöhlt.

Damit muss Schluss sein. Die Menschen und die Wirtschaft der Region brauchen Rechtssicherheit und Verlässlichkeit, um planen zu können. Und darin sind sich übrigens die Abgeordneten ALLER Fraktionen des Landtags in NRW einig. Im

Januar haben sie in einem gemeinsamen Antrag für eine faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn gestimmt, so, wie es das Gesetz 1994 vorgesehen hatte.

Bei einem Umzug rechnet man mit dem Verlust von 30.000 Arbeitsplätzen. Denn der Abzug von Arbeitsplätzen in den Ministerien hat auch weitreichende Folgen für Dienstleister rund um die Häuser.

Als ich mich auf meine Rede hier in Bonn vorbreitet habe, habe ich recherchiert, dass die Praxis oft so aussieht: der „ältere“ Referatsleiter arbeitet in Bonn, während die jungen Mitarbeiter/innen in Berlin eingestellt werden. Das kann doch nicht gut sein für das Arbeitsklima und ein kollegiales Miteinander. Der Riss geht doch bestimmt mitten durch die Abteilungen.

Ich sage es noch mal. Die Menschen in der Region brauchen Verlässlichkeit.
Wir als DGB erwarten, dass die faire Arbeitsteilung des Bonn-Berlin-Gesetzes eingehalten wird, im Interesse der Beschäftigten und ihrer Familien.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Morgen wird an die Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland vor 80 Jahren erinnert.

Einer der Gründe, weshalb die Gewerkschaftsbewegung damals zerstört werden konnte war: sie war in Richtungsgewerkschaften zersplittert, die miteinander konkurrierten. Damit waren sie letztlich machtlos gegenüber einem gefährlichen politischen Gegner. Das soll es nicht wieder geben.

Eine der Antworten war die Einheitsgewerkschaft.
Die Einheitsgewerkschaft ist das Modell, das den Zusammenhalt erfordert, aber eben auch Stärke ermöglicht. Schafft die Einheit, das war Wilhelm Leuschners Aufforderung. Diese Einheit hat er selbst nicht mehr erlebt! In Erinnerung an unsere Kollegen, an die wir morgen besonders denken, sagen wir deutlich:

Heute ist unser Tag: Lasst uns gemeinsam für unsere Ziele kämpfen. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. In diesem Sinne: Glück auf.